



Protokollauszug vom

21.04.2021

Departement Soziales / Departementssekretariat:

Vernehmlassung des Versorgungsberichts der Zürcher Spitalplanung 2023 (Frist 30. April 2021)

IDG-Status: öffentlich

SR.21.266-2

Der Stadtrat hat beschlossen:

1. Das Schreiben gemäss Anhang wird genehmigt.
2. Mitteilung an: Departement Soziales, Departementssekretariat.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtschreiber:



A. Simon

Begründung:

1. Ausgangslage

Mit Schreiben vom 4. Februar 2021 hat die Gesundheitsdirektion den Versorgungsbericht zur Zürcher Spitalplanung 2023 in die Vernehmlassung gegeben. Dieser stellt die erste Etappe auf dem Weg zur Ablösung der aktuellen Spitallisten durch die Spitalplanung 2023 dar. Der Versorgungsbericht bildet die bisherige Nachfrageentwicklung ab und zeigt den prognostizierten Bedarf stationärer Leistungen in den medizinischen Bereichen der Akutsomatik, der Psychiatrie und der Rehabilitation. Er enthält sodann Informationen zu den generellen sowie leistungsspezifischen Anforderungen für den Erhalt eines Listenplatzes.

Das weitere Verfahren ist von der Gesundheitsdirektion wie folgt geplant:

- Entgegennahme vom Bewerbungsunterlagen für einen Listenplatz im Zeitraum vom 1. Juli 2021 bis zum 14. September 2021
- Durchführung eines Evaluationsverfahrens und Zusammenfassung der Ergebnisse im Strukturbericht zur Spitalplanung 2023, der per 15. März 2022 in die Vernehmlassung gegeben wird
- Vorlage der Spitallisten zur Genehmigung durch den Regierungsrat im Sommer 2022
- Inkraftsetzung der Spitallisten 2023 Akutsomatik, Psychiatrie und Rehabilitation auf den 1. Januar 2023.

Zur Vernehmlassung hat die Gesundheitsdirektion neben diversen Verbänden und Interessenvertretung sowie den politischen Gemeinden vor allem potenzielle Bewerberinnen und Bewerber für die Listenplätze eingeladen, d.h. Akutspitäler und Geburtshäuser, psychiatrische Kliniken und Rehabilitationskliniken. Eingeladen wurde auch die Gesundheitskonferenz Kanton Zürich (GeKoZH), der die Stadt Winterthur angehört und die sich mit dem rund 140 Seiten umfassenden Versorgungsbericht eingehend auseinandergesetzt hat (vgl. Stellungnahme vom 29. März 2021 in der Beilage bzw. unter https://geko-zh.ch/images/docs/GeKoZH_Spitalplanung_2023_Versorgungsbericht_Vernehmlassungsantwort_Mrz_2021.pdf). Der Vorsteher des Departement Soziales war als Vizepräsident der Gesundheitskonferenz bei der Erarbeitung der Stellungnahme einbezogen.

Die Gesundheitskonferenz fokussiert in ihrer Stellungnahme entsprechend dem Bezug der Gemeinden zu den Themen des Versorgungsberichts vor allem auf das Zusammenwirken von Akutsomatik, Rehabilitation und Psychiatrie mit der Langzeitpflege. Hier werden aus Sicht des Stadtrats alle wesentlichen Punkte angesprochen, weshalb in der städtischen Stellungnahme vollumfänglich darauf verwiesen werden kann.

2. Stellungnahme

Gemäss Schreiben im Anhang.

Beilagen:

Schreiben an die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich, Frau Regierungsrätin Natalie Rickli
Stellungnahme der Gesundheitskonferenz Kanton Zürich vom 29. März 2021

Der Stadtrat

Pionierstrasse 7
8403 Winterthur

Gesundheitsdirektion des
Kantons Zürich
Frau Regierungsrätin Natalie Rickli
Stampfenbachstrasse 30
Postfach
8090 Zürich

Webapplikation eVernehmlassung
<https://evernehmlassungen-gd.zh.ch>

21. April 2021 SR.266-2

Vernehmlassung zum Versorgungsbericht der Zürcher Spitalplanung 2023

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Versorgungsbericht der Zürcher Spitalplanung 2023. Die Stadt Winterthur ist Mitglied bei der Gesundheitskonferenz Kanton Zürich (GeKoZH) und wurde bei der Erarbeitung von deren Stellungnahme vom 29. März 2021 einbezogen. Die Ausführungen der Gesundheitskonferenz sind aus unserer Sicht nachvollziehbar, weshalb wir uns den darin gestellten und gut begründeten Anträgen vollumfänglich anschliessen.

Mit Blick auf unsere Verantwortung zur Sicherstellung der Pflegeversorgung und zur Restfinanzierung der Pflege unterstützen wir folgende Anträge mit besonderem Nachdruck:

- Antrag betr. bessere Vernetzung von Gerontopsychiatrie und Langzeitpflege und Behebung der tariflichen Unterdeckung der Langzeit-Gerontopsychiatrie (Schreiben GeKoZH, Ziffer 7);
- Antrag betr. Klärung der Rollenteilung zwischen Leistungserbringern der Langzeitversorgung mit der Akut- und Übergangspflege und Spitälern und Reha-Kliniken, auch tarifliche Klärungen (Schreiben GeKoZH Ziff. 8);
- Antrag betr. Klärung der Rolle der Alters- und Pflegeheime im Bereich der Rehabilitation, auch tarifliche Klärung (Schreiben GeKoZH Ziff. 9);
- Antrag betr. Förderung der integrierten Versorgung und Bitte um spezielle Beachtung des Themas Palliative Care (Schreiben GeKoZH Ziff. 10);
- Antrag betr. einer gesamtheitlich breit abgestützten Sichtweise der Gesundheits-, Alters- und Pflegeversorgung (Schreiben GeKoZH Ziff. 13)
- Antrag betr. einer einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen plus Langzeitpflege (Schreiben GeKoZH Ziff. 14)
- Antrag betr. einer koordinierten und wirkungsvollen Zulassungssteuerung auch für Langzeit-Pflegebetten (Schreiben GeKoZH Ziff. 15).

Für die Berücksichtigung unserer Hinweise und Anträge danken wir Ihnen.

Freundliche Grüße
Im Namen des Stadtrates

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Künzle'.

Michael Künzle
Stadtpräsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. Simon'.

Ansgar Simon
Stadtschreiber